

---

## Der SPD-Parteitag in Berlin vom 3. bis 7. Dezember 1979

---

Der SPD-Parteitag hat den Blätterwald zum Rauschen gebracht. Auch wenn dieses Rauschen im Getöse der Weltpolitik schon fast wieder verklungen ist, verdienen die Passagen ein besonderes Augenmerk, in denen die Gewerkschaften *direkt* angesprochen wurden.

Die beiden großen Tagesordnungspunkte des Parteitages, Nachrüstung und Kernenergie, die unter den Obertiteln „Festigung des Friedens“ und „Verantwortung für humanes Wachstum“ zuerst in Arbeitsgruppen, dann im Plenum verhandelt wurden, waren auch — besonders das zweite — von gewerkschaftspolitischer Bedeutung.

### *Grußworte*

Dem entsprach es, wenn Heinz Oskar Vetter als einer von zwei Gästen, denen nach Dietrich Stobbe Zeit für ein Grußwort eingeräumt wurde, gleich zu Beginn des Parteitages zu Worte kam. Daß hinter Vetter DAG-Chef Hermann Brandt sprach, tat dieser bevorzugten Behandlung keinen Abbruch. Der mit Beifall begrüßte DGB-Vorsitzende bezeichnete sich als „recht kritischen Begleiter sozialliberaler Regierungspolitik“, zollte ihr aber gleichwohl ein eindeutiges Lob für die im vergangenen Jahrzehnt im Interesse der Arbeitnehmer geleistete Arbeit. Mit Blick auf die im neuen Jahr bevorstehenden Tarifauseinandersetzungen beschwor er die Tarifautonomie und die Tarifpolitik als Motor des sozialen Fortschritts.

Als Vetter die Aussperrung als „Willkürinstrument“ der Arbeitgeber bezeichnete und ihr Verbot forderte, erhielt er Beifall. Tatsächlich lagen dem Parteitag 9 Anträge (Nr. 881-889) zum Verbot der Aussperrung vor. Die Antragsberatungskommission hatte die zum Teil sehr eindeutig formulierten Anträge zu einer Empfehlung verarbeitet, die lautete: „Der Bundesparteitag fordert alle Mitglieder auf, nachhaltig für ein Verbot der Aussperrung einzutreten und entsprechende Aktionen der Gewerkschaften zu unterstützen, die Aussperrung für rechts- und verfassungswidrig zu erklären. Parteivorstand und Gewerkschaftsrat sollen ein wirkungsvolles und gemeinsames Vorgehen von SPD und Gewerkschaften sicherstellen.“ Man wird also davon ausgehen können, daß DGB und SPD bei den Aktionen gegen die Aussperrung in diesem Jahr gemeinsam Tritt fassen werden, aber offenbar nicht davon, daß die SPD auf dem Gebiet der Gesetzgebung aktiv werden wird. Ist die Gefahr, daß eine solche Initiative mit einer für ein Verbändegesetz beantwortet würde, zu groß?

Vetter fuhr fort mit Bemerkungen zu der in den Anträgen ein wenig zu kurz gekommenen Technologiepolitik und zum weiteren Ausbau der Mitbestimmung und kam dann zu einem

der Hauptpunkte der Berliner Diskussionen, zur Kernenergie. Er vertrat die im Aktionsprogramm des DGB niedergelegte Position: Ja, aber nur bei ausreichender, international abgestimmter Sicherheit und gekläarter Entsorgung. Verblüffung stand auf den Gesichtern der Delegierten, als er ein Zitat verlas, in dem gefordert wurde, „Atomkraftwerke wie Kernbrennstoffe in die öffentliche Hand“ zu übernehmen. Es war kein Geringerer als Heinrich Deist, der führende Wirtschaftsexperte der SPD nach dem zweiten Weltkrieg, der dies 1958 auf dem Stuttgarter Parteitag der SPD gesagt hatte. Obwohl der DGB im Verlauf der Debatten von verschiedenen Seiten für die eine oder andere Position in Anspruch genommen wurde, kam auf dieses Zitat niemand zurück.

Vetter machte abschließend deutlich, daß der DGB - im Jahr der Wahlkämpfe von besonderer Bedeutung - die Politik und Programmatik der Parteien am neuen Aktionsprogramm und am Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm des DGB messen werde.

*Sein* Verständnis von Einheitsgewerkschaft erläuterte im Anschluß an Vetter der DAG-Vorsitzende Brandt, indem er sagte: „Die parteipolitisch und konfessionell unabhängige Einheitsgewerkschaft ist eine Errungenschaft, die wir gegen jeden, der sie uns streitig machen will, verteidigen werden.“ Zwischenrufe blieben an dieser Stelle aus.-

#### *Der erste Konferenztag*

Die Referate Willy Brandts und Herbert Wehners bewegten sich überwiegend in Zonen, die nicht direkt gewerkschaftliche Positionen berührten - abgesehen von Wehners Bemerkungen zum Ergebnis der Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm“, die Lösungsvorschläge für eine Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung und eine ausgewogene Alterssicherung der Frau erarbeitet hatte.

Von diesem ersten Konferenztag sind die Bemerkungen Helmut Rohdes erwähnenswert. Er plädierte dafür, über das „Bündnis von Arbeitnehmerschaft und Sozialdemokratie“ wieder verstärkt nachzudenken - ein Prozeß, den eine „linke Volkspartei“ (Brandt) in der Tat nicht versäumen darf. Der DGB bewegt sich mit seinen Mitgliederzahlen auf die achte Million zu, die der SPD sind, so das Jahrbuch der SPD für 1977 bis 1979, wieder unter eine Million gesunken. Rohde sprach als einer von wenigen einige gewerkschaftspolitisch gegenwärtig relevante Fragen an, wenn er Probleme der neuen Technologie, der Arbeitszeitordnung, des Arbeitsverhältnisrechtes, der Humanisierung der Arbeit und vor allem der Strukturpolitik in das Licht der Aufmerksamkeit rückte. Er legte seinen Finger auch auf einen wunden Punkt, indem er von der Veränderung der „Soziologie der deutschen Parlamente“ sprach, die „zu Lasten der Arbeiter und Angestellten vor allem aus der gewerblichen Wirtschaft“ unausgewogen sei.

Vielleicht ein wenig zugespitzt, aber doch sehr erhellend war, was er zu ökologischen Fragen und deren soziologischen Bezügen sagte: „In unserem Lande haben sich viele . . . erst dann diesen Fragen zugewandt, als Lärm, Dreck, Immissionen die Mauern der Fabriken überstiegen haben und in die Bürgerviertel eingedrungen sind. Solange das nur der Dreck der Arbeiter gewesen ist, haben sie uns in diesen Fragen allein gelassen.“ Eine treffende Bemerkung, wenn sie auch nicht heißen kann, die Humanisierung der (übrigen) Lebenswelt zu vernachlässigen.

#### *Der „Tag des Kanzlers“*

Der zweite Tag des Parteitages, der 5. Dezember, war, wie eine Zeitung schrieb, der „Tag des Kanzlers“, der in einer großangelegten Rede die theoretischen und praktischen Probleme

einer Regierungspolitik unter sozialdemokratischer Führung Revue passieren ließ. An einigen Stellen zogen auch die Gewerkschaften vorbei.

*Erstens:* „Die Gewerkschaften müssen sich um die Leichtlohngruppen (der Frauen) kümmern. Das kann ihnen der Gesetzgeber nicht abnehmen.“ Sicher wird man als Gewerkschafter dem ersten Satz eher zustimmen als dem zweiten, wird aber auch hinzufügen, daß dies leichter gesagt ist als getan — ohne gesetzgeberischen Flankenschutz.

*Zweitens:* „Hans Böckler hat vor 30 Jahren die Aufgabe der Einheitsgewerkschaft definiert. Er hat dabei gesagt: ‚Ohne Rücksicht auf parteipolitische und weltanschauliche Unterschiede zusammenstehen‘. Heute geben sich einige Mühe, dieses kostbare Gut nicht nur zu kritisieren, sondern, wenn es ginge, möchten sie es auch noch auseinandernehmen. Die Einheitsgewerkschaften haben von Anfang an den demokratisch verfaßten, den sozialen Rechtsstaat getragen. Dabei sind sie auch immer bereit und fähig gewesen, den Konflikt durch Verhandlung und Kompromiß zu beenden, zu überwinden. Sie haben schrittweise einen Erfolg auf den anderen gesetzt. Darin liegt der eigentliche Grund für den, international verglichen, relativ hohen heutigen Wohlstand, ebenso für unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten und für unseren guten Namen.“ Das war ein dickes Lob für einen funktionalen Aspekt des Begriffs und der Realität Einheitsgewerkschaft. Ein Lob, das stark den Teil betont, der an gewerkschaftlichem Selbstverständnis und gewerkschaftlicher Politik „Ordnungsfaktor“ ist, aus der Sicht des Chefs der Bundesregierung eine verständliche Akzentuierung.

*Drittens:* „Ich bin dem Deutschen Gewerkschaftsbund sehr dankbar für seine eindeutigen Aussagen zur Energiepolitik. Heinz Oskar Vetter hat sie gestern in seiner Begrüßungsansprache wiederholt. Ich empfehle jedem, das ganz kurze Kapitel zur Energiepolitik — zwei Druckseiten — im Aktionsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu lesen und seinen Ernst zu verstehen. Dort wird in sehr klarer Sprache dargelegt: ‚Auf die Anwendung von Kernenergie kann nach dem heutigen Erkenntnisstand nicht verzichtet werden.‘ Das sagt der Deutsche Gewerkschaftsbund. Er fährt fort: ‚Wenn aber nicht verzichtet werden kann . . .‘ und dann kommen Ausführungen über die Sicherheit, über den Schutz der Arbeitnehmer beim Reaktorbetrieb und über die Entsorgung. Dann sagt der Deutsche Gewerkschaftsbund: ‚Auf die Nutzung der Kernenergie muß dann verzichtet werden, wenn sich nach erneuten gewissenhaften Prüfungen beim Reaktorbetrieb herausstellen sollte, daß die Sicherheit nicht ausreichend gewährleistet werden kann.‘ Für einen solchen Fall sei eine internationale Vereinbarung anzustreben, sagt der DGB, und dies ist in der Tat ein besonders wichtiger Satz. Denn es nützt doch der Sicherheit der Bürger in Deutschland nicht viel, wenn zwar bei uns der Bau und der Betrieb von solchen Kernkraftwerken eingestellt würde, wenn er aber zugleich jenseits unserer Grenzen - in Belgien, in Frankreich, im Osten - überall unvermindert fortgesetzt würde. Und es wäre auch für unsere Arbeitnehmer im Kraftwerksbau weiß Gott unsinnig, wenn sie gezwungen würden, ihre Arbeitsplätze aufzugeben, wenn diese Arbeitsplätze vernichtet würden und dafür die Aufträge in andere Industriestaaten und andere Industrien vergeben würden. (*Beifall*). Ich unterschreibe, was hier der Deutsche Gewerkschaftsbund sagt, von A bis Z. Die Kollegen haben sich das nicht leicht gemacht. Sie haben uns ja auch erklärt, warum sie zu diesen Schlußfolgerungen gekommen sind. Sie haben es sich nicht leicht gemacht: Vetter nicht, Loderer nicht, Hauenschild nicht, Adolf Schmidt nicht und alle anderen gewiß auch nicht. Sie haben sich nicht an den ökonomischen Problemen vorbeigedrückt. Sie sprechen aus dem Interesse der von ihnen vertretenen Millionen Arbeitnehmer, von Vetter bis Kluncker, und diese Kollegen haben ein Anrecht darauf, daß wir sie in ihrer Argumentation ernst nehmen. (*Lebhafter Beifall*) Man kann nicht am 1. Mai Solidaritätsreden halten, aber dann, wenn es wirklich schwierig wird, die Ohren verstopfen. (*Erneuter lebhafter Beifall*).“

Es sei dahingestellt, ob diese spezifische Interpretation und Gewichtung die Aussage des DGB-Aktionsprogramms und die dahinterstehende umfassende und detaillierte Position des DGB in ihren Nuancen realistisch abbildet, aber: eine rhetorische Meisterleistung!

#### *Arbeitsgruppen*

In der am Nachmittag des 4. Dezember beginnenden 6stündigen Sitzung der Arbeitsgruppe III „Energie, Arbeitsplätze, Umwelt“, die Friedhelm Farthmann leitete, spielte die Position des DGB keine zentrale Rolle. Zwar berief sich Holger Börner auf die Gewerkschaften: „Es ist für mich ein wichtiger Hinweis, daß die Gewerkschaften und auch unsere eigene Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen sie (die Fragen der Kernenergie) genauso formulieren. Sie sind über jeden Verdacht erhaben, als bloße Lobby der Atomindustrie zu fungieren. Auch auf ihre Fragen müssen wir Antwort geben, und sie müssen zu den anderen passen.“ Doch sein Widerpart, Erhard Eppler, erwähnte in seinen 14 Thesen die Position des DGB zur Kernenergie nicht. Mit dem Hinweis auf einen Artikel von Karl Feldengut in den WSI-Mitteilungen trat er dem Argument entgegen, Umweltschutz vernichte Arbeitsplätze. Das Gegenteil sei der Fall: Unter dem Strich schaffe Umweltschutz mehr Arbeitsplätze als er vernichte. In der Diskussion, die mit Ernst und Sachverstand geführt wurde, kam nicht der ganze Dreiklang des Themas „Energie, Arbeitsplätze, Umwelt“ zum Tragen. Der erste Ton war am lautesten zu hören, so daß an der gewerkschaftlichen Kritik „grüner“ Positionen weiterhin wahr bleibt, daß eine Vernachlässigung der Arbeitsplätze in der Gesamtargumentation sie für die Gewerkschaften nicht annehmbar machen kann.

Adolf Schmidt legte in seinem Plädoyer für die Kernenergie als Vertreter der größten Gruppe energieschaffender Arbeitnehmer den Schwerpunkt auf die energiepolitische Seite der Sache. Die IG Bergbau und Energie vertritt den Standpunkt, Kohle werde in Zukunft Öl nicht als Energieträger ersetzen müssen, sondern vor allem als Rohstoff. Damit Kohle diese Rolle einnehmen könne, bedürfe es der Prozeßwärme, die am ehesten von Hochtemperaturreaktoren bereitgestellt werden könne. Am darauffolgenden Tag stimmte der Parteitag für den Leitantrag zur Kernenergie - wenn auch nur in einem Verhältnis von 60 : 40.

Die Arbeitsgruppe II „Nord-Süd-Politik“ berührte insofern gewerkschaftliches Terrain, als in einer Formulierung des Leitantrages, die „Öffnung der Märkte“ sei anzustreben, Struktur- und arbeitsmarktpolitischer Sprengstoff besonders für die Gewerkschaft Textil-Bekleidung angelegt war. Willi Arens (GTB) warnte davor, dies als „totale Liberalisierung“ mißzuverstehen und setzte sich mit dem Verweis auf das Welttextilabkommen für eine „geregeltere Öffnung“ ein, für eine Berücksichtigung der „Strukturprobleme der betroffenen heimischen Branchen“ und für eine Absicherung der Arbeitnehmer durch eine vorausschauende Strukturpolitik. Wolfgang Roth widersprach und kennzeichnete die Position von Arens als Protektionismus, der langfristig die Arbeitsplätze nicht sichern könne. Die Auseinandersetzung wurde am darauffolgenden Tag im Plenum des Parteitages fortgeführt, doch blieb es bei der ursprünglichen Formulierung.

Die andere umstrittene Formulierung im Abschnitt III, 1 des Antrages 103: „Die Mittel für die öffentliche Entwicklungshilfe sind so aufzustocken, daß bis Ende der 80er Jahre 0,7 % des Bruttosozialprodukts erreicht werden“, wurde nicht zuletzt auf Anraten Matthöfers abgelehnt, statt dessen eine Formulierung des Antrags 114 akzeptiert, die lautete: „Erforderlich ist im Bereich der Entwicklungshilfe ein verbindlicher Stufenplan zur Erreichung des 0,7%-Zieler bis spätestens 1985.“ Der Verlauf und das Ergebnis dieser Diskussionen könnten für die Grundsatzprogrammdiskussion des DGB über den Punkt 14. „Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit“ anregend sein.

In der Arbeitsgruppe IV, „Aktive Beschäftigungspolitik - Ausbau der sozialen Sicherung“ wurde am Prinzip der bruttolohnbezogenen Rente einhellig festgehalten, auch war man sich einig darüber, daß sich die verfügbaren Einkommen der Rentner und der Arbeitnehmer im Gleichschritt entwickeln müßten. Einige Delegierte sprachen sich für die Besteuerung hoher Renten aus, andere bevorzugten statt dessen eine schrittweise, mit einer sozial gestaffelten Freigrenze versehene Beteiligung der Rentner an ihrer Krankenversicherung.

In der Frage der Reform der Hinterbliebenenversorgung wurde dem Modell einer Gesamtversorgungsrente grundlegende Bedeutung beigemessen, wobei aber besonders von weiblichen Delegierten kritisiert wurde, daß damit die eigenständige soziale Sicherung der Frau nicht erreicht würde. Das Grundprinzip einer Erziehungsrente wurde befürwortet; die Anrechnung der Zeiten für Kindererziehung sollten, wie wiederum fast ausschließlich weibliche Delegierte betonten, jedoch auch dem Mann zustehen, um überholte Rollenverteilungen nicht zusätzlich festzuschreiben. Umstritten war die Ausgestaltung der ansonsten nicht in ihrer Notwendigkeit bezweifelten Mindestrente.

Im Bereich der Familienpolitik spielte die Diskussion über das Kindergeld die wichtigste Rolle, wobei einer Regelung, die das Kindergeld unter den Aspekten der Einkommensteuergrenzen gewährt, der Vorzug eingeräumt wurde. Die von Helmut Rohde in seinem Einleitungsreferat behandelten Perspektiven der Beschäftigungspolitik konnten aus Zeitmangel nicht in der Arbeitsgruppe behandelt werden.

In dieser Gruppe zeigte sich ganz besonders die Verknüpfung partei- und gewerkschaftspolitischen Sachverstandes: Die Namen Anke Fuchs, Elfriede Hoffmann und Hans Urbaniak bürgten dafür - wenn auch manche Linien von Meinungsunterschieden in dieser Gruppe nicht an den Grenzen von Partei und Gewerkschaften, sondern an denen von Männern und Frauen verliefen.

#### *Gesamteinschätzung*

Eine zusammenfassende Beurteilung ist angesichts der Komplexität der in Berlin behandelten Themen nicht am Platze. Es kann den Delegierten des Parteitages bescheinigt werden, die Diskussionen mit einer Differenziertheit und einer Kompetenz geführt zu haben, die dieser Komplexität gerecht geworden ist. Nähe und Distanz der Gewerkschaften zur SPD sind gleichermaßen deutlich geworden zu einer Zeit, in der die SPD eine Reihe wichtiger Wahlkämpfe vorbereitet und der DGB in der Diskussion um sein neues Grundsatzprogramm sich über den Tag hinaus seiner selbst vergewissern will.

*Ulrich Borsdorf*